

MuP-Arbeitshilfe

Politisches Engagement fördern – Was kann man tun, damit sich mehr Menschen politisch engagieren?

Von Katrin Matuschek und Julia Heyl

Überblick



Quelle: Stephanie Hofschlaeger / pixelio.de

Politische Partizipation und politisches Engagement sind Voraussetzung und wesentliches Merkmal einer Demokratie. Politische Beteiligung erhöht die Akzeptanz und die Zustimmung der Bevölkerung zu Entscheidungen erheblich und führt zur Identifikation der BürgerInnen mit den demokratischen Institutionen. Zudem kann so vorhandene Expertise und Kompetenz der betroffenen Bevölkerungsgruppen fruchtbar gemacht werden.

Bei näherer Betrachtung der Gruppe der politisch Aktiven in Deutschland wird jedoch deutlich, dass diese sich in ihrer sozialen Herkunft sehr ähneln und vor allem gebildet, männlich und mittelalt sind. Einkommensschwache und Menschen mit geringem Bildungsgrad oder bildungsferne Gruppierungen engagieren sich dagegen deutlich weniger. Soziale Herkunft entscheidet damit nicht nur über zukünftige Karrierewege und Lebenschancen, sondern drückt sich auch in der Unterrepräsentation aller Formen gesellschaftlicher Partizipation aus, insbesondere jedoch beim politischen Engagement.

Wenn jedoch die Menschen im unteren Drittel der Gesellschaft vom Wahlrecht und anderen politischen Partizipationsmöglichkeiten keinen Gebrauch machen, dann finden auch deren Interessen immer weniger Berücksichtigung und die politische Gleichheit als fundamentales Prinzip der Demokratie weicht einer Ungleichheit der Interessenartikulation. Deshalb gilt es, Strategien zu entwickeln, die ermöglichen, beteiligungsferne Gruppen für politisches Engagement zu gewinnen.

Deshalb stehen in dieser MuP-Arbeitshilfe folgende Fragen im Mittelpunkt:

1. **Wie ist es um die politische Partizipation in Deutschland bestellt?**
2. **Wodurch wird politisches Engagement beeinflusst? - Faktoren die Engagement behindern und fördern**
3. **Was kann man tun, um (sozial benachteiligte) Menschen zum politischen Engagement zu motivieren?**
4. **Quellen zum Vertiefen**

1. Wie ist es um die politische Partizipation in Deutschland bestellt?

Die Partizipationsrate von privilegierten Teilen der deutschen Bevölkerung ist fast doppelt so hoch, wie die von sozial benachteiligten (geringer Bildungsgrad, geringes oder gar kein Einkommen) Teilen der Bevölkerung (Daten aus dem SOEP). **Die Demokratie steht im 21. Jahrhundert somit vor großen Herausforderungen**, was Partizipation und Repräsentation betrifft:

- die **Wahlbeteiligung** sinkt seit den 70er Jahren und damit steigt die soziale Exklusion: Bei einer niedrigen Wahlbeteiligung steigen die unteren Schichten besonders stark aus der politischen Beteiligung aus. Dennoch ist die Wahl diejenige Partizipationsform bei der soziale Selektivität am wenigsten ausgeprägt ist.
- **Parteien** als wichtigste Vermittler zwischen Staat und Gesellschaft drohen ihre Verankerung in der Gesellschaft (Integrationskraft) zu verlieren (Verlust an Attraktivität, Repräsentationsreichweite und Mitgliedern, sowie Mobilisierungsprobleme). Auch in der Mitgliedschaft der Parteien sind benachteiligten Bevölkerungsschichten unter- und die „besser Gestellten“ überrepräsentiert.
- auch wenn **nicht-konventionelle Formen der Partizipation** (z.B. Engagement in andern zivilgesellschaftlichen Organisationen/Bürgerinitiativen, Volksabstimmungen, Volksbegehren, Petitionen, Demonstrationen, Boykotte ...) zunehmen, zeigen Studien, dass diese Formen der politischen Partizipation hochgradig sozial selektiv sind. V.a. AktivbürgerInnen aus der gehobenen Mittelschicht (junge, gut gebildete Menschen) engagieren sich dort. MigrantInnen sowie Menschen mit niedrigerem Bildungsgrad nehmen kaum an solchen Verfahren teil, d.h. die soziale Selektivität bei alternativen Partizipationsverfahren ist noch wesentlich stärker ausgeprägt, als bei den konventionellen Formen politischer Partizipation!

Wie und an welchen Verfahren beteiligen sich sozial benachteiligte Gruppen der Bevölkerung politisch?

Politische Formen der Partizipation werden laut einer Befragung von Klatt und Walter (2011) von sozial benachteiligten Gruppen kaum genutzt: Nahmen an Wahlen noch relativ viele sozial Benachteiligte teil, waren nur ein Bruchteil in Parteien und Gewerkschaften oder anderen politischen Organisationen aktiv. Noch viel Weniger beteiligten sich an Unterschriftenaktionen oder Bürgerbegehren und noch weniger an Boykotten oder Internetprotesten.

Klatt, Johanna; Walter, Franz (Hg.) (2011): Entbehrliche der Bürgergesellschaft? Sozial Benachteiligte und Engagement. Bielefeld: Transcript.

2. Wodurch wird politisches Engagement beeinflusst? – Faktoren die Engagement behindern und fördern

In den Medien und im öffentlichen Diskurs wird viel über Parteien- und Politikerverdruss sowie den Sympathieentzug der BürgerInnen gegenüber der Demokratie und deren Institutionen gesprochen.

In der folgenden Abbildung werden Erklärungsansätze aufgezeigt, warum sich große Teile der Bevölkerung politisch nicht engagieren und welche Faktoren Engagement fördern.

Politisches Engagement wird behindert durch ...	Menschen engagieren sich eher politisch, wenn ...
<p>Fehlende(s) Bildung/Wissen: Vielen Menschen fällt es schwer:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Immer komplexer erscheinende politische Prozesse zu verstehen, zu durchschauen und ▪ Zugang zu politischen Debatten zu finden. 	<p>... sie Politik verstehen und an die Politik/das Politische herangeführt werden, etwa durch Familie, Schule (partizipativ gestaltete Schule mit Mitbestimmungsmöglichkeiten).</p> <p>... sie Kompetenzen erlangt haben, die das Handeln in politischen Zusammenhängen erleichtern, wie:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Verständnis für komplexe politische Vorgänge ▪ Wissen, wie/über welche Wege sie sich einbringen können ▪ sprachliche Fähigkeiten zur Artikulation politischer Interessen.
<p>Keine politische Wirksamkeitsüberzeugung: Viele betrachten Politik als eine elitäre Sphäre, auf die sie selbst persönlich keinen Einfluss nehmen können.</p>	<p>... sie überzeugt davon sind, an bestehenden Zuständen durch individuelles Handeln selbst etwas verändern zu können (Wirksamkeitsüberzeugung).</p>
<p>Fehlende soziale Netzwerke, die sich engagieren und/oder an politische Prozesse heranführen.</p>	<p>... sie ein großes soziales Netzwerk haben und Menschen in ihrem Netzwerk selbst politisch agieren und handeln. Die direkte Ansprache durch persönliche Kontakte ist der häufigste Zugangsweg zum Engagement.</p>
<p>Zweifel an der Politik: Viele Menschen haben auch Zweifel daran, dass Politik handlungsfähig ist und sich für Belange der Bevölkerung einsetzt. Politiker werden als unehrlich und egoistisch empfunden.</p>	<p>... Politik glaubwürdig und verständlich ist. ... gute Erfahrungen mit sozialstaatlichen Institutionen gemacht haben.</p>
	<p>... die Hemmschwelle von Partizipationsmöglichkeiten so niedrig wie möglich ist.</p>

3. Was kann man tun, um (sozial benachteiligte) Menschen zum politischen Engagement zu motivieren?

Das Interesse an Politik sowie das politische Engagement wird – das haben viele Untersuchungen nachgewiesen – nachhaltig durch soziale Herkunft bestimmt. Im Folgenden wird aufgezeigt, was man tun kann, um die politische Beteiligung einer möglichst breiten sozialen Basis zu organisieren:

1. Soziale Ungleichheit (Einkommen-, Vermögens- und Bildungsungleichheit) bekämpfen/ Herkunftseffekte minimieren durch ...:

- sozial- und wirtschaftspolitische Reformen, die zu einer Umverteilung von oben nach unten führen und zur Zunahme des Lebensstandards sozial Benachteiligter
- eine Bildungspolitik, die herkunftsbedingte Bildungsunterschiede verringert
- Bildungseinrichtungen, die als Orte etabliert sind, in denen demokratische Praktiken vermittelt werden (Demokratieerziehung als Bestandteil der Bildungspolitik: breite Verankerung demokratischer Bildung in Schulen)

2. Repräsentation schwacher Interessen stärken durch ... :

- Stärkung und Neugründungen von Organisationen, die sich für Interessen sozial Benachteiligter einsetzen
- Verbesserung der Strukturen, in denen solche Organisationen politisch aktiv werden:
 - ✓ Begrenzung der Lobbymacht von wirtschaftlichen Interessen
 - ✓ Verbesserung des Zugangs von kleinen zivilgesellschaftlichen Akteuren zu politischen Entscheidungen
- einen besseren Eingang/größere Berücksichtigung dieser Interessen in die Programmatik von Parteien, um mehr Anreize für diese Gruppen zu setzen
- bessere Ansprache durch Parteien von mehr Mitgliedern aus sozial benachteiligten Schichten und die Gewinnung dieser für die Mitarbeit
- Einführung einer Wahlpflicht

Mit der Einführung der Wahlpflicht zu mehr sozial ausgewogener politischer Beteiligung?

Mit der Wahlpflicht existiert ein Mechanismus, der die Wahlbeteiligung massiv anhebt und die soziale Verzerrung stark reduziert. Sie wurde in vielen Ländern praktiziert und existiert in Europa bis heute in Griechenland, Luxemburg, Belgien und Zypern, weltweit in über 30 Ländern. In diesen Ländern ist die soziale Selektion sichtbar geringer als in den Ländern ohne Wahlpflicht. Zugunsten der demokratischen Gleichheit findet ein Eingriff in die individuelle Wahlfreiheit statt. Auch wenn dieser Eingriff sicherlich minimal ist, ist die Problematik nicht völlig von der Hand zu weisen. Der demokratietheoretische Gütertausch heißt: minimale Freiheitseinschränkung gegen beachtliche politische Gleichheitsgewinne.

Auszug aus: Ein Report der FES: Demokratie in Deutschland 2011 „Partizipation und Inklusion“

<http://www.demokratie-deutschland-2011.de/partizipation-und-inklusion.php>

3. (Sozial benachteiligte) Menschen besser für politisches Engagement aktivieren durch ...:

- **vielfältige Bildungsangebote** (bereits in der Schule und in der Erwachsenenbildung), **um demokratisches Handeln verständlich zu machen und zu erproben** (Ziel: politische Prozesse verstehen, sich seiner eigenen Position bewusst werden und lernen diese zu artikulieren und wissen, über welche Wege man sich für die eigenen Belange einsetzen kann)

Modellprojekt „Dialog macht Schule – Stell dir vor es ist Demokratie und alle machen mit!“

„Dialog macht Schule“ ist ein Bildungsprogramm, das an Schulen arbeitet, und die drei Aspekte Politische Bildung, Persönlichkeitsentwicklung und Integration zusammen denkt. Studierende, meist mit eigener Einwanderungsgeschichte, werden zu „DialogmoderatorInnen“ ausgebildet, und begleiten dann Klassen mit einem hohen Migrationsanteil über einen Zeitraum von 2-3 Jahren. Im Rahmen des Unterrichts oder zusätzlicher AGs sprechen die ModeratorInnen mit den SchülerInnen über persönliche, lebensweltliche Erlebnisse und versuchen die Potenziale der SchülerInnen zu entdecken und zu entfalten. Mittelfristiges Ziel ist es, SchülerInnen Chancen und Wege zur Teilhabe in einer Demokratie aufzuzeigen und sie gemeinsam mit ihnen zu erproben. Besonders die langfristige Ausrichtung des Projekts und der auf persönlichem Austausch basierende Ansatz machen die Initiative zu einem erfolgsversprechend Modellprojekt für die Ansprache beteiligungsferner Gruppen. Bisher ist das Projekt in den Städten Berlin, Hannover, Wuppertag und Stuttgart umgesetzt.

Mehr Informationen gibt es unter www.dialogmachtschule.de.



Zum Weiterlesen aus der FES-Bibliothek: "Politikferne" Jugendliche besser erreichen: Ergebnisse eines Fachworkshops der Friedrich-Ebert-Stiftung zur Beteiligung Jugendlicher und junger Erwachsener. <http://library.fes.de/pdf-files/akademie/10149.pdf>

- **Ansetzen an der Lebenssituation** (sozial benachteiligter) Menschen, um diese für politisches Engagement zu gewinnen:
 - ✓ Interesse wecken, den eigenen Lebensraum zu gestalten, indem an realen/ alltäglichen Problemen (sozial benachteiligter) Menschen angesetzt und versucht wird, etwas an der Situation zu verändern (keine abstrakten Debatten führen)
 - ✓ Bezug und Zusammenhang herstellen zwischen der Lebenswirklichkeit der Menschen und politischen Fragen/der Demokratie

- **unmittelbare Aktivierung (Empowerment) dieser Bevölkerungsgruppen, indem die Hemmschwelle für Partizipation so gering wie möglich gehalten wird:**
 - ✓ Menschen in **ihrem „direkten Nahbereich“** (Wohn- und Lebensmittelpunkt/ Wohnviertel) ansprechen/**abholen**
 - ✓ **die richtige** und angemessene **Ansprache**, die verstanden und nachvollzogen werden kann
 - ✓ **kontinuierliche Kommunikation** (immer wieder ansprechen und Beteiligungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten kommunizieren)
 - ✓ **Unterstützung** bereits **bestehender partizipativer Projekte** im „Nahraum“
 - ✓ mit **Viertel-/QuartiersgestalterInnen** (besonders aktive und selbstbewusste Quartiersbewohner, die innerhalb des „Nahbereichs“ als MultiplikatorInnen/SprecherInnen fungieren) **zusammenarbeiten**
 - ✓ **zentrale Anlaufstellen** aufbauen, die flexible Angebote, Beteiligungs- u. Engagementmöglichkeiten anbieten und dauerhaft vor Ort präsent sind (z.B. feste „Demokratie-Wahlstationen“)
 - ✓ **Stärkung der Strukturen vor Ort** und Finanzierungsmöglichkeiten der
 - ✓ oben genannten Aktivitäten

✓ **Community Organizing – Aktivitäten**

Community Organizing – ein Modell aus den USA zur Aktivierung beteiligungsferner Gruppierungen

Community Organizing bezeichnet ein Bündel an Maßnahmen für die Aktivierung beteiligungsferner Gruppierungen. Ursprünglich in den Armenvierteln von Chicago in den 1920er Jahren angewandt, hat es zum Ziel, Menschen zu bestärken und zu befähigen, mit Unterstützung von Community Organizern für ihre politischen Interessen einzutreten. Die Community Organizer gehen auf BewohnerInnen in Stadtteilen zu, erfahren im Gespräch die Anliegen der Menschen, und suchen dann zusammen mit den BewohnerInnen nach Wegen, wie die Anliegen in die politischen Prozesse eingebracht werden können. Im Gegensatz zu klassischen Bürgerinitiativen ist das Community Organizing ein langfristiger Ansatz, der sich nicht „nur“ gegen oder für ein Anliegen organisiert. Durch die Herstellung von guten Beziehungen und das Schließen tragfähiger Bündnisse in der Bevölkerung und mit Organisationen, soll Handlungsfähigkeit erzeugt werden, sowie die dauerhafte Verbesserung der Lebensbedingungen gerade auch benachteiligter Menschen.



Zum Weiterlesen aus der FES-Bibliothek: Szynka, Peter: Community organizing: ein Weg zu mehr Beteiligung.

<http://library.fes.de/pdf-files/do/08065.pdf>

▪ **Veränderungen in politischen Organisationen:**

- ✓ **Programmatische Profilschärfung** von Parteien, damit diese wieder für breite Schichten der Bevölkerung attraktiv werden
- ✓ Parteien und zivilgesellschaftliche Organisationen müssen **offener, interaktiver und transparenter** werden und sich auf die Bedürfnislagen sozial Benachteiligter einstellen u.a. auch durch das Lernen deren Sprache
- ✓ Parteien und zivilgesellschaftliche Organisationen brauchen **Personen, die sich mit Problemen sozial Benachteiligter auskennen**, sich damit **identifizieren**, auf diese **Personengruppen zugehen** und diese **einbeziehen** können



Folgende FES-Publikationen geben Auskunft darüber, wie sich politische Großorganisationen zukunftsfähig aufstellen und mehr aktive Mitglieder und Freiwillige für ein Engagement gewinnen können.

- Matuschek, Katrin; Lange, Valerie; Niesyto, Johanna: **Politische Mitgliederorganisationen zukunftsfähig gestalten: aktive Mitglieder und Freiwillige für Parteien und Gewerkschaften gewinnen und binden** (Friedrich-Ebert-Stiftung, 2011). www.fes-mup.de >Veröffentlichungen > MuP-Broschüren
- Weigand, Mirjam: **Reformbaustelle Volkspartei: Berufspolitiker- oder Mitgliederpartei?** (Friedrich-Ebert-Stiftung, 2011). <http://library.fes.de/pdf-files/akademie/08533.pdf>

▪ **eine verständliche und glaubwürdige Politik**

4. Quellen zum Vertiefen

Bödeker, Sebastian: **Die ungleiche Bürgergesellschaft – Warum politisches Engagement von Bildung und Einkommen abhängt und was dagegen getan werden kann.** In: Newsletter Wegweiser Bürgergesellschaft 11/2012.

http://www.buergergesellschaft.de/fileadmin/pdf/gastbeitrag_boedeker_120622.pdf

Bödeker, Sebastian. 2012b. **Soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Deutschland. Grenzen politischer Gleichheit in der Bürgergesellschaft.** Frankfurt a.M. http://www.otto-brenner-shop.de/uploads/tx_mplightshop/2012_02_07_Boedeker_AP_01.pdf

Klatt, Johanna, Franz Walter: **Entbehrliche der Bürgergesellschaft? Sozial Benachteiligte und Engagement.** Bielefeld: Transcript, eds. 2011

Klatt, Johanna: **Individualisierte Zivilgesellschaft und die Beteiligung sozial Benachteiligter**, In: (betrifft: Bürgergesellschaft 37, Dezember 2011) www.fes.de/buergergesellschaft/documents/BB-37IndividualisierteZivilgesellschaft.pdf

Merkel, Wolfgang: **Gibt es eine Krise der Demokratie? – Mythen, Fakten und Herausforderungen**, In: WZB Mitteilungen Heft 139 März 2013 http://www.wzb.eu/sites/default/files/publikationen/wzb_mitteilungen/s6-9_merkel.pdf

Reidinger, Fabian: **Direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung: Zwei Seiten einer Medaille**, In: e Newsletter Wegweiser Bürgergesellschaft 13/2013 www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-Dokumente/newsletter_beaertraege/nwbb_beaertrag_reidinger_130619.pdf

Ein Report der FES: **Demokratie in Deutschland 2011 „Partizipation und Inklusion“** <http://www.demokratie-deutschland-2011.de/partizipation-und-inklusion.php>

Wie man Jugendliche für gesellschaftspolitisches Engagement gewinnen kann, erfahren Sie in der Publikation:

Forum Jugend und Politik der Friedrich-Ebert-Stiftung: **Demokratie (be)leben!: Mehr junges, gesellschaftspolitisches Engagement ist möglich.** <http://library.fes.de/pdf-files/akademie/07450.pdf>

- Weitere **Informationen** rund um die Förderung politischer Beteiligung und politischen Engagements finden Sie auch in unseren **MuP-Arbeitshilfen** [„Möglichkeiten und Methoden politischer Partizipation“](#) und [„Partizipationsverfahren“](#).
- Weitere **MuP-Arbeitshilfen** finden Sie auf der [MuP-Website](#).